



# NIEDERSACHSEN Vorwärts

**KOMMUNALKONGRESS**  
29. MÄRZ  
Wienecke XI, Hannover  
Infos unter [www.spdnds.de](http://www.spdnds.de)

MÄRZ 2014 | WWW.SPD-NIEDERSACHSEN.DE

## EDITORIAL



### LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN,

ihr kennt alle Klagen von Jugendlichen und Eltern, von Lehrerinnen und Lehrern über den zu hohen Leistungsdruck im achtjährigen Gymnasium, volle Nachmittage und fehlende Zeit für Sport und Freizeit der Schülerinnen und Schüler unserer Gymnasien. Daraus ziehen wir jetzt die Konsequenzen.

Frauke Heiligenstadt hat eine Expertenkommission gebeten, über mögliche Auswege aus dieser von FDP und CDU in der vorletzten Legislatur überhastet und ohne wirkliche Folgenabschätzung durchgeführte G8-Misere nachzudenken. Wir wollen zu G9 zurückzukehren, damit Kinder und Jugendliche wieder genug Zeit für Bildung haben. Denjenigen Gymnasialschülerinnen und -schülern, die die Schule schneller abschließen wollen, soll jedoch auch zukünftig der Weg zum Abitur in acht Jahren offenstehen.

Verantwortungsvolle Politik für Niedersachsen bedeutet, dass Schülerinnen und Schüler die Zeit für Bildung bekommen, die sie ganz persönlich brauchen.

Genießt den anbrechenden Frühling, herzliche Grüße,

Euer

Stephan Weil  
Landesvorsitzender

## FRAUENRECHTE – GLEICHBERECHTIGUNG – FÜR FRAUEN ZÄHLT BEIDES

Seit knapp 100 Jahren stehen Anfang März Frauen im (politischen) Mittelpunkt – weltweit: Am 8. März ist der Internationale Frauentag. Dessen Bedeutung für den Kampf um Gleichberechtigung und das Wahlrecht für Frauen hat sich über die Jahrzehnte immer wieder verändert. Viel hat sich seitdem getan, doch um die Rolle der Frau wird weiter gerungen. So sorgt beispielsweise die Quotenfrage für heiße Debatten. Dabei geht es um weit mehr, als nur um die Frage, wieso Frauen eine spezielle Förderung benötigen. Auch im Alltäglichen muss der Blick geschärft werden.

Zahlreiche Frauen innerhalb der niedersächsischen SPD sind aktiv und engagieren sich tatkräftig. Dennoch präsentiert sich die Partei in der Öffentlichkeit meist männlich. Auch viele Wählerinnen finden sich in den Schwerpunkten sozialdemokrati-

scher Politik nicht wieder. Dies will die SPD-Niedersachsen ändern, sagt Kathrin Wahlmann, Landtagsabgeordnete und Sprecherin der Projektgruppe Junge Frauen: »Bei den Frauen zeigt sich, so unterschiedlich ihre Lebenswege sind, so vielfältig sind auch ihre Wünsche und Forderungen an Politik sowie ihre Vertreterinnen und Vertreter. Eine berufstätige Frau ohne Kinder ist an anderen Themen interessiert als eine berufstätige Mutter mit Kleinkindern oder mit Kindern im Teenager-Alter.«

Außerdem gehe es längst nicht mehr nur darum, Frauenrechte umzusetzen, sondern vielmehr eine Gleichberechtigung zu erreichen, so Annetregret Ihbe, Sprecherin des ASF-Landesausschusses. »Umso wichtiger ist der 8. März«, so Ihbe, »denn der Internationale Frauentag lenkt den Blick darauf, dass es noch viel zu tun gibt.« ■



Nachdruck eines Plakats zum Internationalen Frauentag am 8. März 1914  
Entwurf: Karl Maria Stadler  
Bonn, 1968/1979 (Vorlage: 1914)

© DHM, Berlin | FES-Archiv

### SATZUNGSÄNDERUNGEN Ordentlicher Landesparteitag am 26. April 2014 in Oldenburg

Antragssteller: Landesvorstand (beschlossen am 17. Januar 2014)

#### § 6 Landesvorstand

(1) Der Landesvorstand besteht aus (...)

##### c) dem/der GeneralsekretärIn

d) dem/der SchatzmeisterIn,  
e) BeisitzerInnen, deren Zahl durch den Parteitag festgelegt wird.

(...)

##### ef) (...).

(2) (...) Dem Präsidium gehören die Landesvorstandsmitglieder nach Abs. 1 lit. a-d, (...) an.

(...)

(3) (...)

c) die/der Vorsitzende je ein/e Vertreter/in der auf Landesebene organisierten Arbeitsgemeinschaften,

(...)

f) der / die Vorsitzende des Landesparteirats,

fg) der / die Vorsitzende der Landesgruppe der nieders. Bundestagsabgeordneten.

#### § 8 Landesparteirat

(1) Der Landesparteirat ist zuständig für alle politischen und organisatorischen Fragen insbesondere auf Landesebene und fasst Beschlüsse soweit sie nicht einem anderen Organ durch Gesetz oder Satzung vorbehalten sind.

(2) Der Landesparteirat setzt sich zusammen aus 1. Stimmberechtigte Mitglieder:

a) aus 100 Delegierte. Jeder Unterbezirk erhält ein Grundmandat. Die weiteren Mandate werden nach dem Schlüssel für die Errechnung der Delegiertenzahlen auf den zu Landesparteitagen auf die Unterbezirke verteilt, nach Mitgliederstärke verteilt. Jeder Bezirk erhält zwei Landesparteirats-

mitglieder. Die Unterbezirke und Bezirke wählen Ersatzdelegierte. Der Landesparteirat wählt aus seiner Mitte eine/einen Vorsitzende/n und drei stellv. Vorsitzende:

b) die stimmberechtigten Mitglieder des Landesvorstandes.

2. Beratende Mitglieder:

a) die beratenden Mitglieder des Landesvorstandes

b) je ein Mitglied der vier Bezirksvorstände

c) der Vorstand der niedersächsischen SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag.

d) vier VertreterInnen der SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen.

e) die sozialdemokratischen niedersächsischen Bundes- und LandesministerInnen.

f) die niedersächsischen SPD-Europaabgeordneten.

g) der / die Landesvorsitzende der SGK.

(3) Der Landesparteirat wird durch den Landesvorstand sechs Wochen vorher unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Mit der Einberufung setzt der Landesvorstand die Antragsfrist fest. Es gelten die Antragsberechtigungen des Parteitagsgesetz entsprechend.

(4) Der Landesparteirat tagt mindestens drei Mal pro Jahr. Findet in einem Kalenderjahr kein Landesparteitag statt, wird der Landesparteirat mindestens zweimal jährlich einberufen; in den übrigen Jahren mindestens einmal.

(5) Die Anträge sind den Delegierten, Bezirken, Unterbezirken und den Antragstellern mit einer Stellungnahme der Antragskommission unverzüglich zuzusenden. Die Antragskommission besteht aus je einer Vertreterin oder einem Vertreter des Landesvorstandes und der Bezirke. Fünf weitere stimmberechtigte Mitglieder der Unter-

bezirke werden aus der Mitte des Landesparteirates jeweils nach dem ordentlichen Landesparteitag für zwei Jahre gewählt. Die auf Landesebene organisierten Arbeitsgemeinschaften entsenden je ein beratendes Mitglied. Über weitere beratende Mitglieder beschließt der Landesvorstand.

(6) Auf Antrag von einem Viertel seiner Mitglieder oder zwei Bezirken ist durch den Landesvorstand eine außerordentliche Sitzung unverzüglich einzuberufen. In dem Antrag sind die Tagesordnungspunkte zu benennen. Der Landesvorstand besitzt ein eigenes Einberufungsrecht.

(7) Bis zur Neuwahl der Parteiratsdelegierten in den Unterbezirken nehmen die Delegierten zum Landesparteitag das Delegationsrecht wahr.

Daraus ergeben sich folgende weitere Änderungen in §§ 3 und 4 der Landessatzung:

#### § 3 Organe

Die Organe des Landesverbandes sind

(...)

b) der Landesvorstand Landesparteirat

c) der Landesparteirat Landesvorstand.

#### § 4 Landesparteitag

(3) (...)

3-der / die Vorsitzende des Landesparteirates, (Wegen Streichung Ziffer 3 verändert sich die nachfolgende Nummerierung)

#### § 12 Mitgliederbegehren/Mitgliederentscheid

(7) Der Landesvorstand beschließt eine Verfahrensrichtlinie zur Durchführung des Begehrens und des Entscheids. Die Verfahrensrichtlinien des Parteivorstandes zur Durchführung von Mitgliederbegehren und Mitgliederentscheiden finden entsprechende Anwendung.



**Bernd Lange MdEP,**  
Handelspolitischer Sprecher  
der Sozialdemokraten  
im Europäischen Parlament

**BERND LANGE UNTERWEGS**

8. MÄRZ, 12.45 Uhr

EUROPA-TALK | Tag der  
offenen Tür im Niedersäch-  
sischen Landtag | Hannover

14. MÄRZ, 19.00 Uhr

REDE | Jahresempfang  
SPD-Unterbezirk Diepholz

21. MÄRZ, 19.00 Uhr

VORTRAG und DISKUSSION  
SPD Sorsum

21. MÄRZ, 20.30 Uhr

REDE | Jahreshauptver-  
sammlung | SPD Gronau

Mehr Termine:

[www.bernd-lange.de](http://www.bernd-lange.de)

## ERREICHT: GUTE STANDARDS BEI ÖFFENTLICHEN AUFTRÄGEN



Durch die neue EU-Vergaberichtlinie wurden wichtige Sozial- und Umweltstandards in den Grundsätzen der Auftragsvergabe verankert.

Foto: Shutterstock

Von Bernd Lange MdEP

Im Januar 2014 hat das Europäische Parlament die neue EU-Vergaberichtlinie angenommen. Wir Sozialdemokraten haben zugestimmt, denn es ist uns gelungen wichtige Sozial- und Umweltstandards in den Grundsätzen der Auftragsvergabe zu verankern (siehe Kasten). In Zukunft ist damit festgelegt, dass öffentliche Gelder in verantwortlicher Weise ausgegeben werden müssen. Standards bei den Arbeitsbedingungen, Einhaltung der Tarifverträge und die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern ersetzen künftig das Prinzip »Geiz«. Daher

ist es richtig, dass es eine Generalhaftung für Hauptunternehmer gibt, Dumping bei Subunternehmern und Zulieferern wird der Riegel vorgeschoben.

»Die Mitgliedstaaten treffen geeignete Maßnahmen, um dafür zu sorgen, dass die Wirtschaftsteilnehmer bei der Ausführung öffentlicher Aufträge die geltenden umwelt-, sozial- und arbeitsrechtlichen Verpflichtungen einhalten, die durch Rechtsvorschriften der Union, einzelstaatliche Rechtsvorschriften, Tarifverträge (...) festgelegt sind.« (Artikel 18, 2).

Ebenso konnten wir durchsetzen, dass die Gestaltungsfreiheit der Kommunen bei der öffentlichen Daseinsvorsorge gewährleistet ist. Bei der Konzessionsvergabe haben wir dafür gesorgt, dass die öffentliche Wasserversorgung aus der EU-Gesetzgebung herausgenommen wurde. Wasser ist ein Lebensmittel und keine wirtschaftliche Ware. Daseinsvorsorge gehört deshalb unter öffentliche Kontrolle und darf nicht den Gesetzen des freien Marktes unterliegen.

Durch die neue Richtlinie wurde auch der Weg für die interkommunale Zusammenarbeit frei gemacht. Kommunen können sich jetzt zusammenschließen, ohne von privaten Anbietern angegriffen zu werden. Spätestens in zwei Jahren muss Deutschland diese Richtlinie in nationales Recht umgesetzt haben. ■



Alle zwei Wochen Aktuelles im Newsletter »Europa-Info«. **HIER ANMELDEN:**  
[www.bernd-lange.de/aktuell/europa-info](http://www.bernd-lange.de/aktuell/europa-info)

## EUROPA-ABGEORDNETER MATTHIAS GROOTE IM SCHICHTDIENST



**Matthias Groote MdEP,**  
Vorsitzender des Umweltaus-  
schusses des Europäischen  
Parlaments  
[www.matthias-groote.de](http://www.matthias-groote.de)

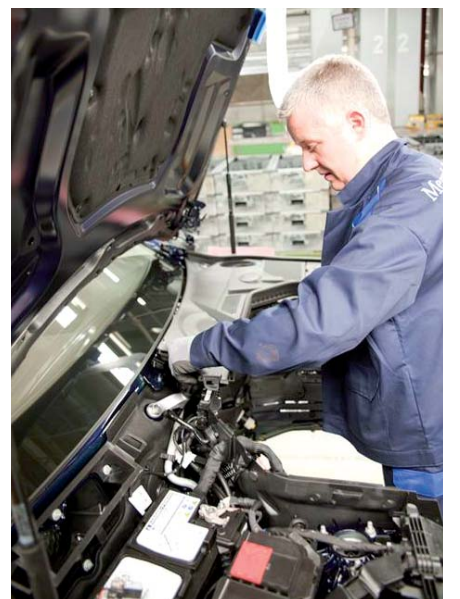
Von Matthias Groote MdEP

Moderne Lebensweisen und die heutige Arbeitswelt, insbesondere die Schichtarbeit, haben den täglichen Lebensrhythmus verändert. Fast jeder fünfte Berufstätige in Europa arbeitet auf der Basis von Schichtarbeit. Hierunter versteht man alle Arbeitsmodelle, die nicht dem üblichen 8-Stunden-Tag entsprechen, wie z.B. Nachtschichten, Wechselschichtdienst und/oder unregelmäßige Arbeitszeiten. Schichtdienstler sind rund um die Uhr im Einsatz und ermöglichen uns den nächtlichen Besuch an der Tankstelle, räumen den Schnee im Winter von der Straße oder ermöglichen uns 24 Stunden Behandlungsmöglichkeiten in Krankenhäuser.

Seit rund sieben Jahren absolviert der SPD-Europa-Abgeordnete Matthias Groote Praktika in Unternehmen. Dabei begegnet der Vorsitzende des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit den Menschen, die im Schichtdienst arbeiten und kommt mit ihnen ins Gespräch. Der Sozialdemokrat möchte sich während seiner

Schichten in unterschiedlichen Unternehmen und Branchen Einblicke in deren Arbeitswelt und in die Belange bestimmter Wirtschaftszweige verschaffen. Für Matthias Groote geht es darum, die Erfahrungen aus der Schichtarbeit auf die politische Ebene zu transportieren. Im Europäischen Parlament werden viele Gesetze auf den Weg gebracht, die direkt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betreffen.

So hat Matthias Groote bei einer Früh- schicht in der Produktion des Mercedes-Benz Werks in Bremen mitgearbeitet. Ganz persönlich verschaffte sich der Europa- Abgeordnete so vor Ort einen direkten Einblick in die Fahrzeug-Produktion, sowie in die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter. Auch in einer Papenburger Filiale der Schnellrestaurant-Kette McDonalds absolvierte der Sozialdemokrat seinen Schichtdienst. Dort arbeitete er mit an verschiedenen Stationen, suchte das Gespräch mit den Beschäftigten und erfuhr dabei mehr über Herstellungsstandards und -abläufe. Als Vorsitzender des Ausschusses, der sich auch federführend



Musste kräftig anpacken: Matthias Groote bei Mercedes-Benz. Foto: privat

mit Lebensmittelsicherheit beschäftigt, waren Groote bei seiner dortigen Schicht besonders die Qualitätsstandards in der Lebensmittelverarbeitung wichtig. ■

**Impressum**

Herausgeber: SPD-LV Niedersachsen  
Verantwortlich: Heike Werner  
Redaktion: Remmer Hein, Rosa Legatis, Christoph Matterede  
Anschrift: Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover  
E-Mail: [vorwaerts@spdnlds.de](mailto:vorwaerts@spdnlds.de)  
Layout & Satz: Anette Gilke  
mail@AnetteGilke.de